Beschlussvorlage
Ref.VI/111/2019

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Verkehrsausschuss	19.09.2019	öffentlich	Beschluss

Betreff:

Radwegnutzung an Straßen mit mehr als Tempo 50 km/h
hier: Antrag der Stadtratsfraktion SPD vom 08.05.2019

Anlagen:
Stellungnahme
Antrag_Radwegnutzung_SPD

Sachverhalt (kurz):

Die SPD-Stadtratsfraktion beantragt, den Radweg an der Seckendorfstraße (Staatsstraße St 2406) testweise für Mofas und e-bikes freizugeben. Zusätzlich beantragt sie, zu prüfen, ob alle Radwege an Straßen mit "mehr als Tempo 50 km/h" für Mofas und E-Bikes freigegeben werden können.

Der Radweg an der Seckendorfstraße zwischen Kornburg und Worzeldorf darf bereits jetzt von Fahrrädern mit elektrischer Tretunterstützung befahren werden, wenn diese bei 25 km/h abschaltet. Für Räder, deren Tretunterstützung erst bei 40 km/h abschaltet, besteht keine Freigabemöglichkeit nach StVO für Radwege. Diese schnellen E-Bikes müssen immer auf der Fahrbahn statt auf dem Radweg fahren.

Andere Radwege an Straßen, an denen eine Höchstgeschwindigkeit von mehr als 50 km/h zugelassen ist, sind im Stadtgebiet Nürnberg bereits schon seit Jahrzehnten für den Mofa-Verkehr freigegeben.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☒ Ja

☒ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft	☐ nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☒ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Es sind keine diversityrelevanten Belange betroffen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐